

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1920

467 (12.10.1920) Mittagausgabe

Badische Presse

Handels-Zeitung.

Verbreitetste Zeitung Badens.

Beilagen: Sportblatt + Landwirtschaft und Gartenbau + Mode und Handarbeit + Volk und Heimat.

Eigentum und Verlag von
H. E. K. Schmidt.

Verantwortlicher Redakteur:
H. E. K. Schmidt.
Verlag: H. E. K. Schmidt, Karlsruhe, Poststr. 10.

Verlagsdruckerei:
H. E. K. Schmidt, Karlsruhe, Poststr. 10.

Abonnement-Preis:
H. E. K. Schmidt, Karlsruhe, Poststr. 10.

Wegweiser:
Die Badische Presse ist in den Briefkästen abgedruckt.
Anzeigen:
Die Badische Presse ist in den Briefkästen abgedruckt.

Der Frieden von Riga.

W. St. Riga, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Die Unterzeichnung der Friedenspräliminarien sollte definitiv Montag, früh erfolgen. Ein Artikel des Präliminarfriedensvertrags sind bereits fertiggestellt. Für den Rest der insgesamt 17 Artikel wird heute vormittag und morgen der Text endgültig festgesetzt werden. Nach dem Vertrag verläuft die Grenze zwischen Polen einerseits und Weißrussland und der Ukraine andererseits von Duenja längs der Drija und sodann in ihrem weiteren Lauf an den Ortshäusern Gorzchow, Dolosje, Radostowice, Kalow, Wolma, Rajbanow, Nieswie, Kof vorbei, den Troslaw, mit den Ortshäusern Wladimir, Gijanoje, Tarasow, Ostro und Lanow beruhend, und begleitet südlich den Zbruc. Alle Ortshäuser bleiben auf polnischer Seite der Grenze. Wie schon gemeldet, hat Domski durch Unterzeichnung des Abkommens, das eine bestimmte Frist für den Abschluss der Präliminarien festsetzt, sich einen Nachteil zugezogen, indem er jetzt wenig Handhabe findet, der veränderten Taktik Joffes Widerstand zu leisten, der Schwierigkeiten in der Frage der Entschädigung und der Goldzahlung macht. Auch bezüglich der Waffenstillstandsbedingungen und der Zurückverpflichtung polnischen Privateigentums macht Joffe neue Schwierigkeiten.

W. St. Riga, 10. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Die Kommission ist nunmehr eine endgültige Verhandlung über alle noch strittigen Punkte des Präliminarvertrages erzielt worden. Die Waffenstillstandsbedingungen sind als Demarkationslinie die augenblickliche Frontlinie fest. Nur im Abschnitt Nieswie bis zur Düna ist die durch die Präliminarien festgesetzte Grenzlinie als Demarkationslinie angenommen. Die polnischen, wie die russischen Truppen haben sich je 15 km von der Demarkationslinie zurückzuziehen. Ein Zwischenstreifen von 20 km gilt als neutrales Gebiet. Der Waffenstillstand ist zunächst auf 21 Tage mit einer Verlängerung von 48 Stunden abgeschlossen. Wird er nicht gekündigt, so verlängert er sich bis zum Tage der Ratifikation des Vertrags und kann innerhalb dieser Zeit zehntägig verlängert werden. Der Waffenstillstand tritt 14 Stunden nach der Unterzeichnung in Riga in Kraft. Bezüglich der Grenze ist folgende Einigung erzielt: Sowjetrußland die Polen anerkennen die Unabhängigkeit der Ukraine und der weißrussischen Republik. Die Grenze wird die zwischen Polen, der Ukraine und Weißrussland festgesetzte Grenzlinie. Rußland und die Ukraine verzichten auf alle Ansprüche aus den Gebieten westlich dieser Linie, ebenso auf alle Ansprüche auf alle Ansprüche aus den östlich dieser Linie gelegenen Gebieten. Die genaue Festlegung der Grenze erfolgt nach Ratifikation des Vertrags durch eine gemischte Kommission. Endlich wird festgelegt, daß der Streit zwischen Polen und Litauen nur zwischen diesen beiden Staaten geregelt werden kann.

Gegenrevolutionäre Unruhen in Nordengland.
Zürich, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) „Morningpost“ berichtet aus Helsingfors: Die russisch-finnische Grenze ist streng abgerollt. Es verlautet gerüchelt, daß gegenrevolutionäre Bewegungen in Petersburg und Kowno abgebrochen sind. In Kowno sind die russischen Truppen in die Lage erzwungen, die Kowno zu verlassen. In Petersburg sind die russischen Truppen in die Lage erzwungen, die Kowno zu verlassen. In Petersburg sind die russischen Truppen in die Lage erzwungen, die Kowno zu verlassen.

Wrangel gegen Dossa.
Zürich, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der „Manchester Guardian“ berichtet aus Moskau: Zwischen Marschall Wladimir Wrangel und dem britischen Gesandten und Militärbevollmächtigten in Warschau hat am Freitag eine Konferenz stattgefunden, auf welcher die Differenzen zwischen Polen und England zur Sprache kamen. Der britische Botschafter betonte, namens seiner Regierung erklären zu müssen, daß die polnischen Aspirationen von England nicht anerkannt werden, da sie maßlos seien. Eine Einigung wurde nicht erzielt, jedoch der französische Botschafter versucht, zwischen Polen und England zu vermitteln.

Die englisch-polnische Konferenz in Warschau.
Zürich, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Der „Manchester Guardian“ berichtet aus Moskau: Zwischen Marschall Wladimir Wrangel und dem britischen Gesandten und Militärbevollmächtigten in Warschau hat am Freitag eine Konferenz stattgefunden, auf welcher die Differenzen zwischen Polen und England zur Sprache kamen. Der britische Botschafter betonte, namens seiner Regierung erklären zu müssen, daß die polnischen Aspirationen von England nicht anerkannt werden, da sie maßlos seien. Eine Einigung wurde nicht erzielt, jedoch der französische Botschafter versucht, zwischen Polen und England zu vermitteln.

Der Kampf um Wilson.
Paris, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Amerikanische Blätter erbringen einen neuen Beweis für Präsident Wilsons Mangel an Wahrheitsliebe. Wilson hatte in den letzten Tagen amerikanische Hilfe für den Fall von Unruhen versprochen. Es wird nachgewiesen, daß Wilson tatsächlich Bratiano, den Sekretär Rumänien, zur Annahme des Vertrages von St. Germain durch die Zustimmung bewegen hat, daß Amerika die eventuellen Schwierigkeiten bewaffnete Hilfe leisten werde. „New York Tribune“ brachte einen ausführlichen Bericht der Sitzung vom 31. Mai 1919, in der die betreffenden Worte Wilsons aufgeführt sind. Der Fall wird von Wilsons Gegnern im Wahlkampf natürlich auf das ausgiebigste ausgebeutet. Senator Spencer hatte in einer Wahlrede in Missouri die Frage als erster aufgerollt. Wilson hat alles auf das Bestimmteste abgelehnt. Die Parteiführer der Republikaner prüfen am Hand aller Unterlagen, ob Wilson tatsächlich gelogen hat.

Der Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.
Paris, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Manchester Guardian“ berichtet, besche heute innerhalb der britischen Regierung

und im Kabinett eine Mehrheit für den unmittelbaren Eintritt Deutschlands und Oesterreichs in den Völkerbund.

Oesterreichischer Abstimmungserfolg in Kärnten.

E. E. Klagenfurt, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Die gestern in der Zone A erfolgte Volksabstimmung hat mit großer Mehrheit den Willen der Bevölkerung zum Ausdruck gebracht, bei einem ungeteilten Oesterreich zu bleiben. Mehr als 95 Prozent der Wahlberechtigten haben an der Wahl teilgenommen, und mehr als 80 Prozent der Wähler haben für die Zugehörigkeit zu Oesterreich gestimmt. Die Wahl ist im allgemeinen ruhig verlaufen dank der besonnenen Haltung der deutschen Bevölkerung und dem energischen Auftreten der Entente-Offiziere, die die Entwaffnung der Slowaken, Solots und Brüggelbalken durchführten. Das endgültige Abstimmungsergebnis ist erst am Dienstag zu erwarten.

W. St. Klagenfurt, 11. Okt. Der für Deutsch-Oesterreich günstig verlaufene Abstimmungstag erregte in Klagenfurt großen Jubel. Eine freudig gestimmte Menge sammelte sich um Mitternacht vor dem Gebäude des Heimadienstes, um genaue Ziffern zu hören. Angekündigt der erwartungsvollen Versammlung hielt der Präsident des Heimadienstes eine kurze Ansprache, in der er u. a. sagte: „Wenn nicht alle Zeichen trügen, kann uns der Sieg nicht mehr entzogen werden. Wir hatten einen außerordentlich schweren Kampf zu führen. Die Bestimmungen des Friedensvertrages waren vielfach ungünstig. Ungünstig war die slowakische Verwältung, nachteilig auch das riesige Angebot von Solots, und nur der aufopferungsvollen Hingabe der Klagenfurter und der Leute in der Umgebung ist es zu danken, daß es zu Wahlsiegenden großen Glanz nicht gekommen ist. Der Redner schloß mit den Worten: „Kärnten bleibt uns ungeteilt.“

Bombenattentat auf den serbischen Prinzregenten.

d. Belgrad, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Rückkehr des serbischen Prinzregenten von Serajewo wurde eine Bombe unter seinen Zug geworfen. Zwei Wagnen wurden zerstört, der Prinzregent blieb unverletzt. Infolge dieses Attentates haben der Oberbürgermeister und der Stadtrat von Serajewo ihre Entlassung bekommen. Den Zeitungen wurde streng verboten, irgend etwas über die Angelegenheit zu veröffentlichen.

Kritik gegen die Politik der Entente.

Paris, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Der „Martino“ und der „Presto del Carlino“ haben am 8. Oktober je einen für die amerikanische Presse bestimmten Artikel kritisiert unter der Überschrift „Europa ohne Frieden“ veröffentlicht. Nach dem „Temps“ hatte dieser Artikel den Zweck, die amerikanische öffentliche Meinung gegen die Politik der Entente mobil zu machen. In diesem Artikel sagt Mitti: „Sehr oft nach dem Fall der Mittelmächte haben die Alliierten gegen die Mittelmächte in einer Weise gesprochen und gehandelt, die sie selbst ihren Feinden verübten. Es gibt nicht einen anständigen Menschen, der die Verträge beiseite kann, die den Besiegten auferlegt wurden. Wenn Deutschland festgesetzt hätte, hätte es nicht mehr verlangen können. Niemand zweifelt daran, daß die Besiegten eine Entschädigung zahlen müßten, aber können sie die absurde Entschädigung bezahlen, die wir von ihnen fordern. Ohne Zweifel waren wohl gewisse territoriale Veränderungen nötig. Aber waren alle die, die wir den Mittelmächten auferbrachten haben notwendig? Oesterreich, Deutschland, Frankreich und Italien sind keine verschiedenen Erscheinungen, sondern nur verschiedene Phasen derselben Erscheinung.“

Hierzu gibt der „Temps“ folgenden Kommentar: „Es ist wirklich unerhört, von einem allen italienischen Ministerpräsidenten eines Landes, das am Krieg und an seinem Abschluß teilgenommen hat, so sprechen zu hören, daß man Deutschland einen Gewaltfrieden im Namen des Rechtes aufzuzwingen habe und offen die Karten der Feinde von gestern zeige. Es ist offensichtlich, daß die Kritik Mitti nicht nur den Vertrag von Versailles, sondern alle Verträge, die dem Krieg ein Ende bereitet haben, meint und ganz besonders den Vertrag von St. Germain, der die Lage Oesterreichs gegenüber Italien geregelt habe. Die bittere Kritik Mitti richtet sich offensichtlich gegen sein eigenes Land. Könnte er von Gebietsänderungen reden, die ohne Notwendigkeit vorgenommen wurden, so ist es augenscheinlich nicht Frankreich, das er damit meinen kann, denn Frankreich hat nur die Forderungen zurückgehalten, die ihm vor einem halben Jahrhundert entzogen wurden. Andererseits hat aber Italien sehr bedeutenden Gebietszuwachs erhalten. Die italienische Regierung hat ein Recht, sich über die Kritik und die Ansichten Mitti aufzuregen, der die Feindseligkeiten gegen die am Krieg unschuldigen Nationen soweit treibt, daß er erklärte, kein anständiger Mensch könne die den Besiegten auferlegten Verträge verteidigen.“

Erkrankung des Königs von Griechenland.

Paris, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Aus Athen wird gemeldet: Der Zustand des Königs von Griechenland, der vor einigen Tagen von einem Affen ins Bein gebissen worden war, gibt zu gewissen Besorgnissen Anlaß. Es wurden Symptome einer Infektion festgestellt, jedoch Prof. Wedal von Paris nach Athen berufen wurde.

Ungarische Arbeiter für den nordfranzösischen Wiederaufbau.

Paris, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Aus Budapest wird gemeldet: Die Zeitung „Ungarische Arbeiter“ will erfahren haben, daß 50 000 ungarische Arbeiter zu den Wiederherstellungsarbeiten im Norden Frankreichs herangezogen werden sollen. Der Delegierte in Paris, Abdassy, soll die betreffenden Verhandlungen führen.

Dr. Magnus Strickfeld. Die gestern auf Grund von Münchener Blättermeldungen verbreitete Nachricht, wonach Dr. Magnus Strickfeld infolge der künftigen Angriffe nach seinem Münchener Verzicht auf seinen Posten zurückgetreten sei, bestätigt sich nicht. Er hat bereits die Münchener Klinik verlassen und ist vollständig hergestellt.

Das Sparabkommen mit dem Reichsfinanzminister.

4. Berlin, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat am Samstag im Zusammenhang mit der Erweiterung des Machtbereichs des Reichsfinanzministeriums einen Reichskommissar ernannt, der dem Reichsfinanzminister beauftragt ist und unter dessen Verantwortung vom Ministerium aufgestellte Pläne auf dem Grundsatz der Erparnis aller unnötigen und entbehrlichen Ausgaben im Reichshaushalt durchgeführt werden sollen. Das Befehlsschreiben für den Reichskommissar hat nach amtlicher Mitteilung folgenden Wortlaut: „Der Präsident des Landesfinanzamts Unterweser, Dr. Carl, wird bei dem Reichsfinanzminister für die Finanzen und unter dessen Verantwortung zum Reichskommissar zur Vereinfachung und Vereinheitlichung des Reichsverwaltung im Rahmen der Beschlüsse der Reichsregierung vom 3. Oktober 1920 ernannt und beauftragt.“ Die ausschlaggebende Stellung des Reichsfinanzministers in der gesamten Ausgabenwirtschaft geht nunmehr deutlich aus den amtlich bekannt gewordenen Zeitungsberichten hervor, die die Reichsregierung in Durchführung der Beschlüsse vom 3. Oktober aufgestellt hat. Es heißt darin u. a.:

a) Die Stellung des Reichsfinanzministers der Finanzen soll in formeller Hinsicht in folgender Weise gestärkt werden:

1. Es dürfen von keinem Reichsministerium oder keiner nachgeordneten Reichsbehörde oder Reichsstelle oder einzelnen Beamten irgend welche Maßnahmen, Neueinrichtungen oder Anordnungen welche neue, durch den Reichshaushalt oder sonstige gesetzliche Vorschriften nicht bereits genehmigte Ausgaben zur Folge haben oder haben können, ohne vorherige rechtzeitig eingeholte Zustimmung des Reichsfinanzministers getroffen werden.

2. Wird die Zustimmung von dem Reichsfinanzminister verweigert und ist auch durch erneute Verhandlungen des Reichsfinanzministeriums mit dem Reichsministerium frei, die Entscheidung des Reichsfinanzministers herbeizuführen, sofern es sich um eine Angelegenheit von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Wichtigkeit handelt.

3. Beschließt die Reichsregierung in einer Frage von finanzieller Bedeutung gegen die Stimme des Reichsfinanzministers, so kann dieser gegen den Beschluß ausdrücklich Widerspruch erheben. Wird der Widerspruch erhoben, so ist über die Angelegenheit in einer weiteren Kabinettsitzung erneut abzustimmen. Bei dieser Abstimmung sind nur die persönlich anwesenden Reichsminister stimmberechtigt. Gegen die Stimme des Reichsfinanzministers kann durch die Mehrheit sämtlicher Reichsminister nur in Anwesenheit des Reichszanlers oder in dessen Weisung eine Stellvertreter Beschlüsse gefasst werden.

4. In Angelegenheiten des Haushalts wendet das Reichsministerium sich mit seinen Forderungen an den Reichsfinanzminister innerhalb der von diesem gestellten Frist. Das Reichsfinanzministerium stellt nach Anhörung der Verhandlungen den Haushaltsentwurf endgültig fest und legt ihn dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vor. Verpätet eingehende Anmeldeungen finden, insbesondere wichtigen Ausnahmefällen abgesehen, keine Berücksichtigung. Bei stillschweigender Zustimmung des Reichsfinanzministeriums ist zunächst eine Einigung zu versuchen. Geht eine solche nicht, so hat die Aufnahme der von dem Reichsministerium gestellten Forderungen in den Haushaltsplan zu unterbleiben.

5. Die vom Reichskabinett endgültig getroffenen Entscheidungen sind von sämtlichen Reichsministerien und nachgeordneten Stellen einheitlich und geschlossen als Willen der Reichsregierung zu betrachten. Es ist insbesondere nicht zulässig, daß die Reichsministerien durch Einwirkung auf Reichsratsbevollmächtigte oder Reichstagsabgeordnete die Durchführung der Durchsicht der Reichsregierung zu verhindern suchen oder bei der Berechtigung der Vorlage im Reichsrat oder im Reichstag eine von der Reichsregierung abweichende Ansicht des Reichsfinanzministeriums oder einzelner Beamter vertreten. Verstöße gegen diese Vorschriften sind als Schädigung der Autorität der Reichsregierung anzusehen und die betreffenden Beamten demgemäß zur Verantwortung zu ziehen.

b) In sachlicher Hinsicht soll sich die gesamte Verwaltung und Durchführung des Reichs streng nach folgenden Richtlinien richten:

1. der Aufgabenkreis des Reichs ist innerhalb der Grenzen der Verfassung so eng wie möglich zu halten. Neue Aufgaben dürfen nur aufgenommen und von Ländern, Gemeinden oder sonstigen öffentlichen oder privaten Organisationen auf das Reich übertragen werden, wenn ihre Finanzierung ohne jede persönliche oder sachliche Kosten für die Reichsstelle möglich ist oder es sich um unbedingt wichtige Interessen des Reichs handelt, und die Übertragung der Aufgaben auf andere Schichten (Länder, Gemeinden, öffentliche oder private Körperschaften) ausgeschlossen ist. Bereits in Angriff genommene Aufgaben müssen eingestellt, eingestellt oder abgewälzt werden, wenn sie diesen Anforderungen nicht entsprechen. Der weitverbreiteten Ansicht, die Länder und Gemeinden seien wegen des Übergangs der Steuerhoheit auf das Reich weniger leistungsfähig, als dieses, ist mit größtem Nachdruck entgegenzutreten, da die Ansicht wenigstens für absehbare Zeit unrichtig ist und sie nur zur Übernahme neuer Aufgaben auf das Reich führt. Die Zuständigkeit des Reichs, der Länder, Gemeinden oder Gemeindeverbände und sonstiger öffentlicher oder privater Körperschaften ist auf allen Gebieten scharf gegeneinander abzugrenzen. Soweit sich das Reich zur Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe an den den Ländern, Gemeinden oder Körperschaften entstehenden Lasten beteiligt, ist das Maß seiner Beteiligung so scharf abzugrenzen, daß die Höhe der vom Reich zu übernehmenden Ausgaben genau feststeht.

2. Neue Verwaltungseinrichtungen dürfen nicht geschaffen, bestehende nicht vergrößert werden. Insbesondere dürfen grundsätzlich keine neuen Stellen nicht geschaffen, vorhandene Ausgabeposten anderer Art nicht erhöht werden. Ausnahmen von diesem Grundsatz sind nur zulässig, insofern es sich um unbedingt notwendige Einrichtungen für das Reich handelt. Demgemäß ist auch jede Maßnahme zu unterbleiben, welche die Schaffung neuer oder die Vergrößerung bestehender Einrichtungen entsprechend diesem Grundsatz nach sich zu ziehen geeignet sind.

3. Die bestehenden Verwaltungseinrichtungen und Stellen vorübergehender oder dauernder Natur sind soweit als irgend möglich einzuschränken und abzubauen, um die Kosten der Verwaltung in jeder Weise zu vermindern. Demgemäß sind die Verwaltungseinrichtungen und Stellen in ihrem gesamten Umfang nach rein verwaltungstechnischen Gesichtspunkten auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit nachzuprüfen und im Falle des Bedürfnisses nach einem festen Plan abzubauen oder nach einseitigen Grundrissen und unter Vermeidung jeder Mehrausgabe zu ändern. Im Laufe des Etatsjahres 1920 bei den Zentralbehörden frei werdende Stellen dürfen nur mit Zustimmung des Reichsfinanz-

ministers wieder besetzt werden. Der beschleunigte Aufbau der Kriegszustellungen, insbesondere der Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen, eifriger der Kriegsfonds und der Einrichtungen der alten Wehrmacht ist mit größtem Nachdruck zu betreiben. Alle Einrichtungen, Behörden und Stellen, welche gleichen oder ähnlichen Zwecken dienen, sind soweit wie möglich zusammenzulegen.

4. Bei Leistungen sonstiger Ausgaben ist sowohl auf persönlichem wie auf sachlichem Gebiet die allergrößte Sparfamkeit zu üben und mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Ausgaben möglichst niedriger gehalten und Ersparnisse gegenüber den Voranschlägen erzielt werden. Demgemäß haben alle nicht zu den Lebensnotwendigkeiten unmittelbar gehörenden Ausgaben vollständig zu unterbleiben oder sind auf das Mindestmaß einzuschränken. Alle Anträge auf Bewilligung von Reichsmitteln sind auf jede mögliche Kürzung scharf nachzuprüfen und zwar nach rein sachlichen, nicht nach persönlichen oder politischen Gesichtspunkten. Grundätzlich dürfen keine Ausgaben in den Haushalt eingestellt oder aus Mitteln des ordentlichen Haushalts bestritten werden, für welche eine Deduktion aus ordentlichen Einnahmen nicht vorhanden ist. Ueberforderungen der Anlage oder außerplanmäßige Ausgaben haben grundsätzlich zu unterbleiben. Nur in den seltensten Ausnahmefällen dürfen sie inwieweit stattfinden, als es sich um die Bestreitung unbedingter Lebensnotwendigkeiten des Reichs handelt.

Die Reichsregierung hat im Zusammenhang mit vorstehenden Verfügungen beschlossen, daß sämtliche Ministerien sofort in eine eingehende Prüfung eintreten und zwar ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten, ob ihre bisherige Finanzwirtschaft und Geschäftsgebarung mit den Leitlinien in Einklang steht und in welcher Weise Einschränkungen gemacht und Ersparnisse erzielt werden können.

Der Parteitag der Unabhängigen.

d. Halle, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Man hat sich also doch entschlossen, trotz der an manchen Stellen aufgetauchten Befürchtung, daß der Parteitag gewaltsam gestört werden könne und daß insbesondere die Mansfelder Arbeiter ihn mit Knüppeln auseinander jagen werden, die Tagung in Halle abzuhalten, einer Stadt, die mit einer Stimmenmehrheit von 5 zu 1 sich für den Anschluß an die 3. Internationale ausgesprochen hat. Es handelt sich um eine der radikalsten Gegenden des Reiches, wo es schon wiederholt zu blutigen Kämpfen gekommen ist. Doch augenblicklich ist alles ruhig, und die U.S.P. hat mit Entrüstung die Befürchtung der „Freiheit“, daß man den Parteitag gewaltsam stören werde, für irrig erklärt. Obwohl der Parteitag erst morgen eröffnet wird, sind die Führer der Partei doch schon vollständig hier versammelt. Man hat schon heute vormittag mit Sitzungen der beiden Gruppen begonnen, die sogenannte Opposition ist für den Anschluß an Moskau, also gegen den bisherigen Bestand der eigenen Partei. Sie hat zuerst getagt und eine Resolution mit dem Anschluß an die 3. Internationale abgestimmt, die dem Parteitag zur Annahme empfohlen werden soll. Die Gruppe der Moskau-Gegner tagte am Nachmittag, wo Crippin und Ledebur ebenfalls eine Resolution für den Parteitag entwarfen. Am Abend ist eine Begrüßungsfeier, bei der alle politischen Erörterungen vermieden werden sollen, um dem Abend einen harmonischen Charakter zu sichern.

bb. Berlin, 12. Okt. Laut „Vorwärts“ ist Sinowjew als Delegierter von Sowjetrußland zum Parteitag der Unabhängigen in Halle a. d. Saale eingetroffen. Die französische Partei hat als Vertreter für den hiesigen Parteitag Longuet und Ribaut, sowie Czernin bestimmt. Der „Freiheit“ zufolge sind nach vorläufigen Feststellungen in Halle bisher 220 Befürworter und 158 Gegner der Moskauer Bedingungen als Delegierte anwesend.

d. Düsseldorf, 12. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet: Der niederheinische Parteitag der U. S. P. beschloß mit 153 gegen 50 Stimmen den Anschluß an Moskau und lehnte den bisherigen Bezirksvorstand, der sich gegen den Anschluß ausgesprochen hatte, ab.

Der Streik im Berliner Zeitungsgewerbe.

4. Berlin, 12. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Heute morgen sind „Vorwärts“, „Freiheit“, „Kölnische Volkszeitung“ und „Deutsche Allgemeine Zeitung“ erschienen. Doch immer hat sich keine Brücke zu Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber im Zeitungsgewerbe gefunden. Der „Vorwärts“ überreicht seine heutigen Ausführungen über die Auslieferung der „Freiheit“ an die Arbeiter. Er bezeichnet es als die Pflicht der Arbeiter, die freilich in Ansehung weiter zu unterliegen, da die Angelegenheiten nach ein „unmöglich“ und daher fieberhaftes Zeichen der proletarischen Bewegung ist. Von Ansehung daran aber sagt der „Vorwärts“ daß der letzte Zustand, auf die Dauer für die Öffentlichkeit untragbar ist und daß endlich von dritter Seite energisch an die Vermittlung herangegangen werden müsse.

Keine Aufschubfrist in Berlin.

4. Berlin, 12. Okt. (Eig. Drahtbericht.) Der Berliner Volkzeitungspräsident erklärte in einer Unterredung, daß in Berlin keinerlei Aufschubfrist bestehe. Die Vertretung der Streitenden und Ausgesprochenen habe ausdrücklich am Sonntag erklärt, die Garantie zu übernehmen, daß bei ihrer Bewegung keine Ausschreitungen vorkommen. Die Waffenabgabe schreite in der erwarteten Weise fort.

Ausstand der städt. Arbeiter in Leipzig.

11. Leipzig, 11. Okt. Die städtischen Arbeiter sind heute früh in den Ausstand getreten. Die Stadt ist ohne elektrischen Strom

und Gas. Seit 9 Uhr vormittags ist auch die Wasserversorgung unterbrochen. Der Straßenbahnverkehr wird vorläufig in beschränktem Umfang aufrecht erhalten.

Internationale Konferenz für telegraphische Verbindungen.

Paris, 11. Okt. (Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.) Der „Temps“ meldet: Die Konferenz für telegraphische und radio-telegraphische Verbindungen ist in Washington auf Einladung des Präsidenten Wilson zusammengetreten. Es handelt sich darum, eine Entscheidung des Rates der fünf Chiefs der Regierungen der großen Mächte herbeizuführen, um die von verschiedenen Ländern während des Krieges beschlagnahmten deutschen Kabel zu verpacken und verschiedene andere Probleme der telegraphischen Verbindung zu lösen. Die Delegierten Frankreichs, Englands, Italiens, Japans und der Vereinigten Staaten haben der Eröffnungsrede beigewohnt. In seiner Begrüßungsrede führte Unterstaatssekretär Davis aus: Wir suchen die internationalen Verbindungen zu verbessern im Interesse aller Länder der Welt, ohne irgend ein Prinzip herzustellen zu wollen. Auch würde die öffentliche Meinung strategische und rein egoistische Betrachtungen nicht ertragen.

Die internationale Donaukommission.

Paris, 12. Okt. (Havasmeldung.) Die Internationale Donaukommission trat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Sie prüfte die Fragen der Kosten, die aus der Arbeit der internationalen Flugesellschaften entstehen werden und besetzte sich ebenfalls mit den Unterhaltungsarbeiten der Flüsse. Sodann trat sie in die Prüfung der zu erhebenden Taxen ein. Es wurde am Schluß der Sitzung eine Unterkommission ernannt, die über diese Fragen Bericht zu erstatten hat.

Das Problem der Kanalsinseln.

WTB. Basel, 11. Okt. Vor kurzem haben die vom Völkerverbund bestimmten Sachverständigen, darunter Prof. Dr. Max Huber, die Vorfrage, ob das Problem der Kanalsinseln vom Völkerverbund behandelt werden solle, beschiedlich entschieden. Der Völkerverbund hat nunmehr endgültig die Dreierkommission ernannt, die die Frage der Kanalsinseln untersuchen wird. Wie die „Basler Nachrichten“ vernehmen, ist auch Bundesrat Calonder zum Mitglied der Kommission ernannt worden.

WTB. Stockholm, 11. Okt. In 24 Ortschaften der Kanalsinseln wurden am Sonntag Versammlungen zu Gunsten des Selbstbestimmungsrechtes abgehalten. In den bisher angenommenen Entscheidungen wurde geltend gemacht, daß die Bewohner der Kanalsinseln sich an die von der juristischen Kommission und vom Völkerverbund angenommene Ansicht halten, daß die Kanalsinseln eine internationale Frage sei. Die Bewohner der Kanalsinseln bestehen auf dem Rechte der freien Selbstbestimmung in Form eines Plebiszits.

Kämpfe in Cilizien.

o Zürich, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times“ melden aus Konstantinopel: Türkische Abteilungen haben in Cilizien eine Reihe von Ortschaften besetzt und die französischen Besatzungen verjagt. Französische Detachements leisten an der Küste Widerstand. Das Zentrum Ciliziens ist von den Franzosen geräumt worden. Unter der armenischen Bevölkerung ist eine Panikstimmung ausgebrochen, da neue Greuel durch die Türken befeuert werden.

Internationale Hochschule für internationales Recht.

WTB. Paris, 10. Okt. „Avas“ meldet, daß die drei Befürworter des Planes der Errichtung einer internationalen Hochschule für internationales Recht, die Rechtsgelehrten Alvaros, Fauchille und Delaprade, zu Direktoren der Hochschule ernannt wurden. Dem Patronatskomitee gehören u. a. an: der Rektor der Universität von Paris, Appell, der Dekan der juristischen Fakultät der Universität Paris, Larnaude, Balfour, Léon Bourgeois, Hanotaux, Ribot, Scialoja und Venizelos. Die Vorlesungen werden im Monat Dezember in der juristischen Fakultät der Universität Paris eröffnet. Bourgeois und andere Juristen von internationalem Ruf werden über Themen von größtem Tagesinteresse lesen. Die neue Hochschule wird so das Zentrum für die Herovollständigung der Ausbildung der künftigen Diplomaten werden.

Uffah-Doktrinen im französischen Militär-Budget.

o Straßburg, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Nach einer Meldung Straßburger Blätter aus Paris sind in dem französischen Militärbudget für 1921 250 Millionen Franken vorgezogen für den Ausbau der Straßburger und Meiser Festungswerke, sowie für die Befestigung und Erweiterung der schließlichen Brückenpforten an Rhein und für die Errichtung von dauernden Militärflugstationen im Ober- und Unterelsaß und Lothringen.

Die Waffenablieferungen im besetzten Gebiet.

o Koblenz, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht.) Die internationalisierte Rheinlandkommission hat als letzten Zeitpunkt, bis zu dem im besetzten Gebiet alle Waffen, die nicht durch besondere Erlaubnis ausgenommen sind, sowie die Munitionsvorräte abgeliefert werden müssen, den 1. November festgesetzt. Wer die Waffen bis dahin abgibt, bleibt strafflos.

Der Reichswirtschaftsrat zur Brotgetreidefrage.

— Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat in der Brotgetreidefrage die Beschlüsse des Unterausschusses bestätigt. Der Weizenpreis für ausländisches Getreide soll also aus der Reichskasse gedeckt werden. Der Ausschuss hat ferner einen Antrag zugestimmt, die Einfuhr von Weizen über nach Weizenland einzulassen und festzusetzen, daß jährlich 400 000 Tsd. Metres zur Einfuhr freigegeben werden sollen.

Die vom Rauhen Grund.

Roman von Paul Gräbein.

Copyright 1914 by Grethlein & Co. G. m. b. H., Leipzig. (47. Fortsetzung.)

Dem Hannes Neusch, der — wiewohl ein heimlicher Spötter — sich um des Unmenschen in der Gemeinde wissen doch hin und wieder im Gotteshaus setzen ließ, und so auch heute, ward es unbehaglich bei dem unermittelten Losbrechen des schweren Anweilers. Mit unsicherem Winkeln führen seine Augen umher über Altar und Chor. Er war ja freilich gut versichert, aber immerhin —! Bis ein Neubauband, ging manche gute Einnahme verloren. Vielleicht auch, daß die Konkurrenz drunten im Unterdorf die Situation ausnutzte. Wie um Verhütung zu suchen, warf er da einen Seitenblick zu dem Sohn neben ihm, der ihn hatte begleiten müssen. Sehr zu seinem Verdruß, denn der Mannes war erst heute morgen in aller Frühe von einem Sonntagsgottesdienst in Köln mit seinem Freunde Steinfein im Auto heimgekehrt. Nun sah er schläfrig und überaus müde neben dem alten Neusch in seinem Kirchenstuhl vorn in der ersten Reihe, wo die Honoratioren des Orts ihre Plätze hatten, und hielt die Augen müde geschlossen. Man konnte es ja für Andacht halten.

Mit einem geheimen Seufzen wandte da der Hannes Neusch seinen Blick wieder ab. Hier fand er keinen Beistand. Und dem sonst so beweglichen, munteren Mann kamen graue Gedanken. Wie das wohl einmal werden mochte, wenn er nicht mehr da war? Die Tochter wie der Sohn — zusammenhalten hatten sie beide nicht gelernt. Vielleicht ging das in alle Winde, was er in einem langen Leben vor sich gebracht. Aber war er schließlich nicht selber schuld daran? Was hatte er auch so hoch hinausgewollt mit den beiden?

Ein Donnerstags, daß die Fenster des alten Gotteshauses erzitterten, entriß den Hannes wieder diesen dunkeln Gedanken. Bei ihm dahinter aber trieb er Marga Neusch, die bis dahin am Fenster gestanden und in das Toben des Gewitters geschaut hatte, aus ihrem Zimmer fort, nebenan ins Stübchen der Großmutter. Seiten war es,

daß sie einmal dort, bei der alten blinden Frau, eintrat. Verwundert hob diese daher den Kopf.

„Magri, du?“

„Ja, Großmutter. Ich bin ja sonst nicht ängstlich. Aber heute —“

„Und sie kam näher zu der Blinden. Diese nickte freundlich. „Komm, Kind — setz dich zu mir.“ Ihre Hände suchten nach denen Margas und sahen sie wie schlingend. „So — und nun nicht dängen! Wir stehen alle in Gottes Hut.“

Marga erwiderte nichts. Aber die Großmutter sprach weiter. „Erst, doch gültig.“

„Mich freut's, daß du einmal zu mir kommst. Ich fühle es ja schon lange, daß etwas in dir vorgeht.“

„Ja, Magri.“ Und die alten Hände hielten die widerstrebenden jungen Finger fest. „Du quälst dich heimlich mit etwas.“

Marga Neusch war betroffen. Wie schief diese lichtlosen Augen doch sahen! Aber sie schwieg.

„Willst du dich denn nicht einmal aussprechen?“

„Aussprechen —? Worüber denn nur, Großmutter?“

„Berstest du dich doch nicht, Kind. Ich sehe zwar nicht mehr, aber hören kann ich doch noch. Und ich vernahm so manche Nacht, wie du dich ruhlos im Bett werfst — wenn droben, im oberen Stod, noch die Tritte gingen zu später Stunde.“

Heiß schloß es in Margas Wangen, und nun küßte sie den sanften Druß der alten Hand.

„Du denkst an eine Heirat mit dem Gerhard Berisch, Magri.“ Da rissen sich Margas Finger mit einem Aufzucken los.

„Und wenn es so wäre?“

Ein kleines Schmeigeln, dann die Antwort: „Das gibst kein Glück — weder für dich noch für ihn.“

„Großmutter!“

„Halt du's mir nicht selber gesagt? Du willst ja dem Manne, den du heiratest nicht Opfer bringen, sondern nur Vorteile haben von ihm.“

Aus Baden.

Eine Tagung der Gemeindebeamten Badens.

fand am Samstag und Sonntag in dem Schönwalder Erholungsheim des Verbandes statt. Die Regierung war durch den Amisoorstand von Triburg, die Parteien des Landtags durch die Abgeordneten Leier (Dem.), Mollert und Weigmann (Soz.) und Schöppe (Deutschnat.) vertreten. Die Zentrumspartei hatte sich entschuldigen lassen, da ihre delegierten Vertreter am Erscheinen verhindert waren.

Die Verhandlungsgegenstände betrafen die Organisationsverhältnisse der Gemeindebeamten, die recht günstige sind, da zur Zeit bereits 15 000 Gemeindebeamte organisiert sind, die Durchführung der Besoldungsordnung, welche im wesentlichen in allen badischen Gemeinden erfolgt, ist die Ausbildung der Gemeindebeamten für ihre Dienstaufgaben, der allgemein das Wort geredet wurde, der Stellung zum Fürsorgegesetz für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte, die Herr Schöppe präziserte, die Anträge über die neue Gemeindeordnung, welche Herr Bürgermeister Kaufmann von Hornberg des näheren darlegte, indem er die Veränderung einzelner Paragraphen vorschlug, und die Schaffung eines Kommunalvertrages. Man beschloß die Erhöhung der Monatsbeiträge und genehmigte den Anstellungsvertrag mit dem Verbandsdirektor Weiler-Karlsruhe.

Die einzelnen Ausschüsse hatten bereits am Samstag ihre Tätigkeit aufgenommen und am Sonntag morgen fortgesetzt. Die Tagung war gut vorbereitet; deshalb konnte die öffentliche Vertretung am Sonntag bereits nach 12stündiger Dauer um 2 Uhr nachmittags geschlossen werden.

Die Bekämpfung des unreellen Häuserhandels.

— Der unreelle Häuserhandel hat in letzter Zeit, wie amtlisch geschrieben wird, besonders auf dem Lande stark zugenommen. Unzulässige Elemente bieten unter betrügerischen Vorwänden Waren, namentlich Stoffe und Schuhwaren zur Bestellung an und lassen sich auf diese Bestellungen Vorstöße geben, um alsdann spurlos zu verschwinden. Begünstigt wird dieses Treiben durch die nahezu völlige Sonntagsruhe, die es den ländlichen Bevölkerung unmöglich macht, anständig des sonntäglichen Kirchenbesuches ihre Einkünfte zu befragen, während der Häuserhandel sich an die Sonntagsruhe nicht kümmert. Daß durch dieses Treiben nicht nur eine Schädigung der Verbraucher, sondern auch eine Benachteiligung der anständigen Gewerbetreibenden hervorgerufen wird, liegt auf der Hand.

Die Bezirksämter sind daher angewiesen, mit allem Nachdruck gegen die Ausschüßte des Häuserhandels einzuschreiten, insbesondere auch zu prüfen, ob die betreffenden Häuser in Besitz von Wandergewerbetreibenden sind. Vergehen gegen die Gewerbeordnung oder die allgemeinen Strafgesetze werden mit Strenge verfolgt.

Stillingen, 11. Okt. Eine besondere Ehrung wurde am letzten

Samstag dem hiesigen Amtsvorstand, Geh. Regierungsrat Dr. Harbmann zu teil. Die Bürgermeister des Amtsbezirks Weinheim, demormaligen Wirkungsbezirk des Geh. Reg.-Rats Harbmann, erwiderten in copiose und überaus ihm ein prächtiges Album von der Bergstraße als äußeres Zeichen der Anerkennung und Dankbarkeit für seine erfrischende Tätigkeit als Amtsvorstand. Einmal der Gemeindevertreter brachten dies in Ansprache zum Ausdruck. Daraus resultierte die Besetzung des Herrn Geh. Reg.-Rats Dr. Harbmann die Stadt und die nähere Umgebung. Notizen und Willkommenshöfe, Abends lehrten die Besucher wieder in ihren Heimatorten zurück.

— Walsch (A. Stillingen), 11. Okt. Bürgermeister Neubert hat aus Gesundheitsrücksichten sein Amt niedergelegt.

St. Rastheim, 10. Okt. Aus einer Ueberlist, die der Bürgermeister Walla, wie allmonatlich, vor den Mitgliedern der städt. Lebensmittelausschusses, den Vertretern der zuständigen Bezirke, des Handels, der Verbrauchergesellschaften und der Presse über die Manngelmer Bedarfsversorgung gab, wurde zunächst hinsichtlich der Brotversorgung festgestellt, daß die Bevölkerung mit Weizen und die Qualität des Brotes gut ist. Erfreulich sei, daß die Brotzettelung auf 85 Proz. bei Roggen und auf 75 Proz. bei Gerste herabgesetzt werden solle, ferner, daß die Bevölkerung mit 125—150 g Brotmehl pro Woche in Aussicht steht. Der Laib Brot wird wachsende schließlich 15 Pf. teurer werden. Bei der Mischungsverordnung, in der ein Anlieferungsbeitrag zu konstatieren sei, müsse erstere werden, wieder einen einheitlichen Mißpreis zu erreichen. Man werde sich schließlich einverstanden erklären müssen, wenn die Preisgrenze weiter zurück gehe, daß der Erzeugerpreis einheitlich auf 1.50 M. und Verbraucherpreis auf 2.20 M. festgesetzt werde. In der Preisverordnung sei nach Aufhebung der Zwangswirtschaft der Preis für 1 Pf. Dönsfleisch von 11 auf 14 M. gezogen. Das Grundbrot liegt in den zu teuren Viehpreisen. In der Kartoffelversorgung sei es erstrebt man die Lieferung der von der Stadt als Reserve bestellten Kartoffeln in einer Menge von 30 000 Ztr. aus Heffen, während die Reichsstarkefabrik Mannheim aus Schlesien (1) beliefern möchte, was ungleich teurer würde.

— Mannheim, 12. Okt. Die Verhandlungen über die Eisenbahndienstverträge auf dem hiesigen Rangierbahnhof sind nach immer nicht zu Ende. Am letzten Freitag fand wiederum eine Sitzung in Mannheim statt, in der mehrere Eisenbahner wegen Hindernissen blombierter Wagen sich zu verantworten hatten. Geschlossen wurden von ihnen vor allem Lebensmittel, dann auch Schokolade, Süßwaren, Wein, Champagner, Bierbecken und Leder. Von dem neuen Anstellungsvertrag der Eisenbahner Johann Heber zu 2 Jahren Gehalts, der Eisenbahner Jakob Geisler zu 1 Jahr 4 Monaten, und der Eisenbahner Lorenz Bena zu 1 Jahr 3 Monaten beurteilt, während die übrigen mit geringen Strafen davon kamen.

Y. Heilberg, 12. Okt. In der Nacht zum Sonntag kam der Notstandsarbeiter R. Büchel von hier mit einer 28jähr. geschiedenen Frau, mit der er ein Verhältnis unterhielt, in Wörtwechel, in dessen Verlauf er der Frau vier Messerstücke verlehnte und sie ein 15jähr. Mädchen aus Karlsruhe hier verschwand, das vermutlich einem Mädchenhändler in die Hände gefallen ist.

Marga Neusch sentte das Haupt. Ja, so hatte sie gesagt damals. Aber — war da nicht etwas über sie gekommen, etwas Fremdes, nie Geahntes, und hatte von ihr Besitz ergriffen, mehr und mehr, trotz all ihrer kühlen Vernunft.

Über gleich wieder warf sie den Kopf in den Nacken, als schämte sie sich solchen Eingeländnisses schon vor sich selber. Und der gewohnte Hochmutsklang war in ihrer Stimme, wie sie nun erwiderte:

„Freilich hab' ich das gesagt. Und denke auch heute noch so. Aber gerade darum glaube ich, daß Berisch ein Mann für mich wäre.“

Die Neusch-Mutter wiegte sich ihr Haupt. Dann wandte sie das Antlitz zu der Enkelin hin.

„Wenn du schon möchtest — wehst du denn aber, ob der Gerhard Berisch auch dich will?“

Wie ein Stachel in eine offene Wunde fuhr das. Doch um so höher nur häumte sich Margas Stolz empor.

„Er wird mich heiraten!“

„Bist du dessen so gewiß?“

„Er wird — denn ich will.“

„Magri!“ Die Blinde erzürte. Was schlug ihr da entgegen? Ihre alten Hände tasteten nach der Enkelin. „Woran denkst du?“

„Ich weiß es nicht, Großmutter, nur das weiß ich: Er soll mich werden, und müßt' ich —!“

Sie sprach es nicht zu Ende. Derselbe rasende Donnerstags, der in dem kleinen Gotteshaus drüben alle Herzen zusammenzuden ließ, brach sich ihre wirren Worte ab. Der zuckende Blitz, der ihn begleitete, hellte für einen Herzschlag lang das Nachtdunkel vor der Greisin auf. Wie eine aufzuckende Glut, brennend rot stand es ihr vor dem Blick. Eine Glut, die vernichtete, was sie ersehnte — die sich selbst zerstörte. Ihr erschrockenes Antlitz war der Enkelin zugekehrt. Die Hand regungslos. Sie aber auf dem Boden, hatten Gesicht flammte es. War es nur der schwüle Widerschein des Blitzes oder die Rote eigener Glut?

(Fortsetzung folgt.)

